

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

11.12.1919 (No. 290)

der Regierungsvorlage zurückzuführen. Die Kirche zum Notopfer heranzuziehen, wäre antiklerikal, wenn man die politischen Vereine, Turnvereine usw. frei ließe. Der sozialdemokratische Antrag, die Kirche mit dem Notopfer zu besteuern, wird abgelehnt, der Paragraph 6 in der Ausschussfassung angenommen.

Am 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Vorher erste Beratung einer Novelle zum Bankgesetz.

Der Steueraussschuß der Nationalversammlung erörterte den Antrag Trimborn über den Entwurf eines Gesetzes über Steuernachfrist (Generalpardon). Reichsfinanzminister Erzberger führte aus, daß er keine unüberwindlichen Bedenken dagegen habe. § 1 des Entwurfs wurde darauf mit einigen Änderungen angenommen, wonach ein Steuerpflichtiger wie auch seine Erben strafflos bleiben, wenn er aus eigenem Antrieb spätestens bei der ersten Veranlagung zur Steuererklärung oder, falls er eine solche nicht abgegeben hat, auf öffentliche Aufforderung sein Vermögen und seine Einnahmen richtig angab.

Im Betriebsräteaussschuß der Nationalversammlung wurde bei der heutigen Sitzung u. a. ein Antrag des Zentrums und der Demokraten einstimmig angenommen, durch den für die Bildung der Betriebsräte eine Trennung von Fabrik- und Betriebsräten herbeigeführt wird. Weiter wurde auf einen sozialdemokratischen Antrag eine Änderung in der Bestimmung über die Endzahl der Betriebsratsmitglieder getroffen, die die Höchstzahl auf 80 festsetzt.

Politische Neuigkeiten.

Milderungen?

Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ glaubt feststellen zu können, daß sich der Oberste Rat klar für die Gefahr, die deutschen Reaktionen durch allzu straffes Spannen des Bogens zu begünstigen. Der Rat sei daher zu Milderungen geneigt. Die Pariser und Londoner Drahtungen des „Secolo“ lassen den Gegensatz der französischen und englischen Auffassung über das Ultimatum an Deutschland erkennen. Der römische Gewährsmann des „Secolo“ macht für die heutigen Schwierigkeiten den Versailler Frieden und die Forderung des BVerbandes verantwortlich. Die Rettung könne nur durch eine territoriale Wiederherstellung Europas auf Grund des Nationalitätenprinzips sowie durch Beseitigung der Gewalt Herrschaft, durch Abrüstung und Völkerverbund erfolgen. Statt der Regierungen müßten die Völker auf diesem Wege vorgehen.

Aus den Kautsky-Akten.

In den soeben bekannt gewordenen Veröffentlichungen Kautskys über die Vorgeschichte des Weltkrieges finden sich zu der Haltung, die die deutsche Regierung gegenüber der Wiener Politik nach dem Attentat von Sarajewo eingenommen hat, die folgenden Zitate, bei denen die Randbemerkungen des Kaisers in Klammern gesetzt und mit einem W. versehen sind:

Am 30. Juni 1914 sandte Votschastler Tschirsky an den Kaiser den folgenden Brief:

Graf Berchtold teilt mir heute mit, daß alles darauf hinweise, daß die Draht der Verschönerung, deren Opfer der Erzherzog geworden ist, in Belgrad zusammengefallen. Die Sache war so fein eingefädelt, daß man mit Recht ganz junge Leute zur Ausführung der That ausgesucht hätte, die nur zu milderen Strafen verurteilt werden können. (Nicht zu hoffen!) Der Minister sprach sich sehr bitter über die serbischen Radikale aus. Hier höre ich auch von ernstlichen Menschen sehr oft den Wunsch, daß man jetzt einmal gründlich mit den Serben abrechnen muß. (Nicht oder nie!) Man solle den Serben, heißt es, erst eine Reihe von Forderungen stellen, und wenn die nicht angenommen werden, kräftig durchgreifen. Ich nehme jede Gelegenheit wahr, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor überreichten Schritten zu warnen. Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist ganz dumm! Geht ihn überhaupt nichts an, da es ausschließlich Sache Österreichs ist, zu entscheiden, was es jetzt tun will. Später wird es dann hel-

Aus dem Konzertleben.

Drittes Sinfonie-Konzert des Opernorchester des Landes-Theaters.

Ein romantischer Zug verband sämtliche Musikstücke des Programms zu einer inneren Einheit. So kam ein romantischer Abend zustande. Auch Hermann Roedel, hier erstmals durch seinen „Meister Guido“ bekannt geworden, hat etwas vom Romantiker in sich. Schon seine Stellung zum Stoff scheint darauf hinzudeuten. Gestern Abend war es seine Overtüre, „Frau Aventure“, die unter der Komposition eigener Leitung vom Opernorchester des Landes-Theaters uraufgeführt wurde. Scheffels bekannte Dichtung hat in dem Komponisten Phantasie geweckt und die Scheffelschen Verse „Genast in Glanz und Sonne, Ist uns die klare Zeit, sind als Leitmotiv der Musik vorangestellt. In der Farbung ist Roedel Impressionist. Sein Orchester schillert in den Farbenmischungen und Klangkombinationen, die uns durch Richard Strauß vertraut geworden sind. Mag R. Strauß Stern auch schon im Verblaffen sein, dieses Verdienst um die Bereicherung der Orchestersprache wird ihm niemand streitig machen können. Und so fügen alle modernen Musiker, die noch im Sinne impressionistischen Stils stehen, irgendwie auf R. Strauß. Inhaltlich hat der Komponist aber den Rauber der Scheffelschen Dichtung, das Grundmotiv wenigstens, in seine Musik gebracht. In dieser melodischen und von Wohlklang überfließenden Musik ist ein Klagen und Singen, ein Jubilieren und Aufschreien, ein Schwellen und Drängen zum Lichte, wie es nur ein Sonntagtag geboren haben kann. Im Aufbau ist der Dramatiker nicht zu verkennen. Mit sicheren Strichen ist ein wirkungsvoller Höhepunkt gestaltet. Auffallend in der Instrumentation ist die Verwendung des Tamburins. Der Klang will sich mit dem breit dahin strömenden Orchester nicht recht vermischen. Ob der Musiker irgendwie eine Schelmerei damit bezweckt, ist nicht ganz klar. Komponisten sind nicht immer geschickte Dirigenten. Der Künstler wußte aber das Orchester außerordentlich sicher und bestimmt zu leiten und zur vollsten Entfaltung seiner Klangkraft anzufeuern, so daß die Komposition in strahlender Schönheit aus der Taufe gehoben wurde unter dem herrlichen Beifall der Zuhörer.

Auch Herr Cortolezis, der zum Schluß des Konzerts Schumanns Sinfonie dirigierte, erntete für die sein abgestimmte und von feurigem rhythmischem Schwung getragene Wiedergabe lebhaftere Anerkennung.

Im Mittelpunkt des Konzerts standen aber die von Bertha Dehmloew gesungenen Lieder. Endlich mal wieder eine Künstlerin, die die schwere Kunst des Gesangs in vollem Umfang beherrscht und die ihre herrliche Stimme zu einem gefügigen Instrument geschult hat, das den leisesten Winken

gehört. Aussprache, Atemführung und Klangbildung sind einwandfrei, Stimmumfang und Tonvolumen von erstaunlicher Größe. Das schönste ist der edle, geläuterte, tiefbeseelte Vortrag. So wurden die Lieder von Schubert und Schumann, von Wolf und Strauß in ihrem Reine zu einem neuen Erlebnis. „Wehlaß Gefang“ war eine ihrer herrlichsten Leistungen, von einer Steigerung, die durch die Macht des Ausdrucks, durch die Verinnerlichung des Gefühls und die reine Schönheit des Klanges tief ergreift. Das Konzert hätte ein volles Haus verdient, leider wies es große Lücken auf.

Wohlthatigkeitskonzert zugunsten der vertriebenen Elsaß-Lothringer. Ein Wohlthatigkeitskonzert ist nicht immer eine musikalische Wohltat. Daraus krankte auch dieser Abend. Bedenken sind gegen das Programm zu erheben, das in seiner reaktionären Stillosigkeit alle Fortschritte in der Richtung der Einheitsaufmerksamkeit zu Schanden machte und in immer dünner werdender Flawlerlosigkeit endete. Einzelnes fand trotzdem verhältnismäßig günstige Aufnahme, weil das zerstückelte Interesse durch die Kraft der Interpretation zusammengezogen und das — im letzten Saale — körperliche Unbehagen wenigstens zeitweise durch transzendente Gefühle gehoben wurde. Elisabeth und Bruno Stürmer sind allmählich als künstlerisch gewissenhafte und klug ausgleichende Interpreten bekannt. Das trat in dem exotisch anmutenden „Scherzo“ benannten Violinkonzert Stürmers wieder zutage, auch in dem unwiderstehlich an seine ausgereiften Werke mahnenden Violin-satz c-moll von Brahms, neben dem sich Stürmer in Anlage und Ausführung beachtenswerter Arbeit immerhin behaupten konnte. Dekorative Feinheiten der Violine sollten die letzten 3 kleine Stücke zeigen; es gelang bei Connerie-Kreisler und Wieniawski, jedoch verjagten beide beim Porhilo Sarasate's, der Violine fehlte die elastische Inbrunst und dem Klavier in der Snappen Begleitgebäude die dramatische Stütze. Auch in der Beethoven-Sonate kam es nicht zur musikalischen Einheit, da das Klangolorit der Geige oft peinlich mager, dagegen die Aufmerksamkeitskraft der Begleiter sich überaus temperamental, dämonisch anließ. Jan van Gorkoms Konzert-gesang ist auch heute noch schwerlicher Ohrenschmerz, auch wenn er hier und da etwas gewaltig aufpufft, gelangt doch immer die prachtvolle, fantasievolle Ausdruckssteigerung. Neben solch machtvoll rauschenden Kurven hatte die Sängerin von vornherein einen schwierigen Stand. Will man ihre Geistesfreiheit wiederfahren lassen, so muß der vieles verzehrende Kritiker auf eine Stellungnahme zu den 2 alt-italienischen Arien verzichten und muß sich an den „Regewer“ Schürberts und den zugegebenen Wahns halten, denen die Persönlichkeit der Frau Elisabeth Friedberg eine Darstellung eigener Prägung zu geben wußte. Das Organ scheint überhaupt für

bien einzunehmen — worüber Graf Szögény telegraphisch hat — will der Minister gern in Erwägung ziehen. Dabei muß man aber nach seiner Meinung sehr vorsichtig vorgehen, um Serbien nicht vorzeitig zu alarmieren.

Am 18. telegraphisch Tschirsky: „Der Minister (Berchtold) ist jetzt selbst der Überzeugung, daß man so schnell als möglich handeln muß. (Kon W. zweimal unterbrechen.) Er hofft, sich morgen mit Tissa über den Text der Note, die an Serbien geschickt werden soll, zu einigen, und wird sie dann Mittwoch, den 16. Juli, in Tschirsky dem Kaiser vorlegen, worauf dann sofort — also noch vor Abreise Poincarés nach St. Petersburg — das Schriftstück in Belgrad ausgehändigt werden kann.“

Kleine Nachrichten.

Die Kanalisierung des Redarons ist, wie uns aus Berlin gebracht wird, in einer Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung und des süddeutschen Kanalvereins unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Bell und in Anwesenheit von Unterstaatssekretär Peters als eine der allernächsten Bauaufgaben auf dem Gebiete der Innenwasserstraßen bezeichnet worden. Allgemeine Übereinstimmung herrschte darüber, daß der Ausbau des Redarons nur als Großschiffahrtsweg für 1200 Tonnenschiffe erfolgen dürfe.

Die amtlichen deutschen Dokumente. Bei einer Pressekonferenz in Berlin wurden Dienstag Abend den anwesenden Zeitungsvertretern die vier Bände der amtlichen deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch ausgehändigt. Zugleich wurde ihnen eine Anzahl Telegramme in einem Auszug überreicht, die von den Bearbeitern als besonders wichtig angesehen wurden.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Karlruhe, 10. Dez.

In den Landtag tritt anstelle des ausgeschiedenen Abg. Göhring Bürgermeister Stork-Schallstadt als Abgeordneter der deutschen demokratischen Partei ein. Nach Verantwortung zweier kurzen Anfragen durch den Minister des Innern Kemmle, wurde ohne Debatte der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Wohnungsgeldtarifs einstimmig angenommen. Es werden sodann förmliche Anfragen erörtert.

Abg. Weßhaupt (Str.) begründet eine förmliche Anfrage seiner Partei betr. die Ablieferungsprämie für Brotgetreide und Gerste und bittet, diese während des ganzen Jahres 1920 zu bewilligen, da sonst die Produktion verjage. Preise für landwirtschaftliche Produkte müssen dem Produktionsniveau entsprechend erhöht werden.

Minister des Innern Kemmle lehnt es ab, in der Grünlandfrage nochmals beim Reich vorstellig zu werden, weil ein solcher Versuch aussichtslos sei. Eine Ausdehnung der Auflieferungsprämie über den Oktober hinaus, sei nicht zu erwarten. Weßhaupt bittet um Erhöhung der Grundpreise für Brotgetreide und Kartoffeln. Wir nähern uns der Zeit, wo wir unsere Haltung ändern müssen. Wir müssen suchen, alles aus der Landwirtschaft herauszubringen, wenn nicht eine große Hungersnot entstehen soll. Die Landwirtschaft macht die Produktion abhängig von ausländischem Preis; sie dürfen aber die Folgen in den Städten nicht übersehen. Um aus dem Elend herauszukommen, müssen wir uns dem Weltmarktpreis nähern, aber dann auch für den 8-fach höheren Weltpreis die Löhne und Gehälter erhöhen. Können wir den Sprung nicht auf einmal machen, dann müssen wir ihn auf zweimal machen. Die Hilfe Amerikas in der Salustfrage wird ein Tropfen auf einen heißen Stein sein. Billiger ist, was wir selbst erzeugen. Es war ein Fehler, daß man Wissen und Möllendorff gehen ließ. Wir brauchen eine Landwirtschaft und Regelung der Ein- und Ausfuhr. Für 4 Milliarden wurde die Zigaretten eingeführt (Hört, hört). Wir verzichten mehr, als wir erzeugen. Die Einfuhr muß auf notwendige beschränkt werden. Wir müssen uns mit der Landwirtschaft

suggestiv dramatische Linie geeigneter, dem rein lyrischen Gefühlsmäßigen fehlt die Ruhe des Tones, und in der Auffassung der ausgereiften künstlerischen Auftrieb. Dem nicht ganz unbedritten künstlerischen Erfolg des Abends, an dem neben Herrn Stürmer auch Frau Elsa Beck als Begleitin teil hatte, fehlte auch das gutgemeinte finanzielle Ergebnis. Denn nur wenige Zuhörer waren der Verpflichtung nachgekommen, ihren bedrängten Landesteuten zu helfen. H. Sch.

Büchertisch.

Deutsches Sagenbuch, herausgegeben von Prof. Dr. von der Hagen (G. S. Ved-München). In vier Teilen hat der Herausgeber den gesamten Sagenhaushalt des deutschen Volkes zusammengestellt. Aber die vor Jahren schon erschienenen Teile: die Götter- und Götterfagen der Germanen, die deutschen Heldensagen, die deutschen Volksfagen, ist in diesem Blatte f. B. berichtet worden; es wurde hingewiesen auf die bedeutende Fortschreibung, die diesem Werke zugrunde liegt, und auf die klare und schöne Form, in der das kritisch verarbeitete dem deutschen Leser dargeboten wird. Jetzt ist das letzte Teiles erste Hälfte erschienen: die deutschen Sagen des Mittelalters von Karl Wehrhan. Sie umfassen die Sagen, die sich an die deutschen Kaiser und Herren anschließen, von Karl dem Großen bis Maximilian I., und bietet in dieser eine Fülle historischer, künstlerischer und ethischer wertvollen Stoffe. Jeder dieser Bände bildet ein in sich geschlossenes Ganzes, das ganze Sagenbuch einen außerordentlich wertvollen Hauschat für das deutsche Volk, belehrend, bereichernd, erhellend für Jung und Alt, aus dem wir uns der Größe und Tiefe deutschen Wesens und deutscher Seele erinnern, wie sie sich in diesen Sagen durch die Jahrhunderte hindurch nach ihrem ewiggleitigen Ausprägung, tröstend, zuversichtlich, verheißende Worte schöpfen können, die uns in dieser Zeit der Not ganz besonders wofolten, geeignet, uns aufzurichten in Stolz auf die, trotz aller Anfeindung, große, einzigartige, unvergängliche und unentbehrliche Kulturmission des deutschen Volkes.

Traumgewalten. Novellen von Bill Kesper (G. S. Ved-München). Ein kleines, hübsch ausgestattetes, leichtes, Bändchen eines großen Dichters voll schwerer, tiefer, Unter der lauten und bunten Oberfläche des Lebens und der sichtbaren Gedankens herrschen dunkle stille Traumgewalten, die nur der Dichter, fühlen, sehen, lieben und darstellen kann. Das Unausprechliche, düster Verfließende ausgeprochen vom Dichtermund, gebannt von zarter Dichterkraft. Es sind ernste Roesien, weltferne leise Klänge, die aber doch manches Ohr erreichen, in mancher tiefen Seele gleich gestimmte Saiten ergreifend zum Anklängen bringen werden. D.

verständnis, damit sie baut, was wir brauchen. Es geht nicht an, immer nur von der Begehrtheit der Landwirte zu sprechen. (Sehr gut!) Wir richten heute schon einen Appell an die Konsumenten, damit sie einsehen, daß das, was wir selbst bauen, immer billiger ist, als das, was wir einführen. Wir müssen einmal das Erlösminimum finden und darauf unsere Lohn- und Gehaltsätze aufbauen. Wir haben alles getan, was möglich war, wenn man den Erfolg vernimmt, suche man das nicht im bösen Willen, sondern in den schwierigen Verhältnissen. (Leb. Beifall.)

Abg. Biesinger (Dem.) bittet in der Grünlerfrage noch einmal einen Versuch zu machen und unterstützt nachdrücklich den Antrag Weisbach auf höhere Grundpreise für die Landwirtschaft. Ihm hätten Landwirte erklärt, daß sie im nächsten Jahre nur noch so viel Kartoffeln bauen, als sie selbst brauchen.

Abg. Weisbach (Soz.) erklärt, seine Partei stimme ebenfalls für den Antrag Weisbach.

Abg. Dr. Schöfer (Zent.) tritt sehr entschieden für die Grünlerbauern ein und bittet nochmals vorzüglich zu werden. Erfreulich sei, daß auch die Partei Weisbachs für den Antrag Weisbach sei. Redner geht nun auf den offenen Brief des Reichskommissionärs Dr. Sinner und betont, daß seine Partei auf dem Standpunkt seiner drei Punkte stehe. Zur Hebung der Produktionsfreudigkeit müssen höhere Preise eintreten; aber man brauche auch die Moral — bei den Bauern, aber auch an der andern. Von Breslau führen zwei Herren im Auto nach Offenburg in einer Scheiberfahre. Solche Leute gehören ins Zuchthaus! An der Erhaltung der Landwirtschaft haben Städte und Bauer ein Interesse.

Abg. Fehn (Dem.) bittet den Minister nochmals in der Grünlerfrage vorzüglich zu werden.

Abg. Bierneisel (Zent.): Nach dem Getreidepreis berechnet müßte der Grünlerpreis von 60 M. auf 73 M. erhöht werden.

Abg. Martin (Zent.): Die Frühdruckschämie schädigt jene Gegenden, die am besten abliefern, und nimmt keine Rücksicht auf die Herbstgewächse, deren Unterlassung eine Schädigung der nächsten Ernte in sich schließen.

Abg. Köhlin (Dem.): Wir müssen zu einem Produktionszwang kommen. Im Interesse der Allgemeinheit soll der Bauer eine bestimmte Menge abliefern müssen. Was er darüber baut, soll ihm zur freien Verfügung stehen. Er sei ein Gegner der Prämiengewirtschaft.

Abg. Maier-Geibelberg (Soz.) hat nichts gegen eine Vorforderung der Fruchtbauern, man müsse dann aber auch den Schluß daraus ziehen und den Angestellten höhere Löhne gewähren. Wir brauchen nicht einen Ablieferungs-, sondern einen Produktionszwang. Man muß den Leuten die Verfügung über Grund und Boden entziehen, die ihrer Pflicht nicht tun. Jetzt schon müßte man die Produktion des nächsten Jahres sicherstellen.

Minister des Innern Remmel: Gätten wir Düngemittel, so wäre bald geholfen. (Sehr richtig!) Wenn Baden sich selbst ernähren könnte, wäre die Sache mit einer großen Geste zu machen. Wir sind aber auf den Norden angewiesen, der uns bis jetzt keinen Zentner Kartoffeln geliefert hat. Wären wir im Februar oder März, dann könnten wir mit den eigenen Vorräten durchhalten. Der Minister bestreitet den Landwirten das Recht, die Allgemeinheit zu sabotieren, so lange sie Aussicht haben, daß ihre Forderungen erfüllt werden. Die Regelung im Sinne Köhlin's erfolgt im Reichskabinett. Denken. Wir müssen zu einer Verständigung kommen. Für die Einfuhr darf nicht die Profitrate maßgebend sein, sondern das Gemeinwohl.

Der Antrag Fehn wird angenommen.

Abg. Seubert (Ztr.) fragt an, ob es richtig sei, daß unsere Bahnen nur noch für zwei Tage Kohlen haben, während Bayern und Württemberg noch Sonntags fahren. Sodann begründet er die förmliche Anfrage seiner Partei über die Verteilung Kohlen im neuabgebildeten Reichsministerium des Verkehrsweßens. Das Zentrum habe große Beforgnis, daß die Sache ohne Anhörung Baden's gemacht werde und unsere Beamten wieder zu kurz kommen.

Finanzminister Dr. Wirth bestätigt die große Kohlenknappheit unserer Bahnen. So könne es nicht weiter gehen. Er müsse erklären, daß wir uns nicht als Aischendöbel behandeln lassen. Württemberg und Bayern sind besser beliefert und stehen nicht vor der Gefahr der Betriebs einstellen vor Weisbach'schen wie Baden. Wir haben noch Kohlen für 3 1/2 Tage, können es aber nicht darauf ankommen lassen, daß wir nur noch Kohlen für einen Tag haben. Er teile Seubert's Ansicht, daß wir ungerecht behandelt werden. Darin liege leider auch ein Grund zur Verteilung der Kohlen. Morgen wird der Minister über die Verteilung der Kohlen Aufschluß geben.

Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 3 Uhr. Fortsetzung. Wohnungsgeldgesetz und förmliche Anfragen.

Der Haushaltsausschuß

des badischen Landtags hat die Beratung des Gesetzentwurfs über die Verlegung des badischen Rechnungsjahrs (worüber wir schon berichtet haben) nicht zu Ende geführt. In der ersten Sitzung, in der sich der Ausschuß mit dem Gesetz befahte, machte Finanzminister Dr. Wirth Mitteilung über die in Berlin abgehaltenen Besprechungen über die Reichseinkommensteuer und über die Veruche der südd. Staaten, ihre finanzielle Selbstständigkeit zu retten. Eingehend befahte sich der Ausschuß mit der einschneidenden Wirkung des Steuergesetzes des Reiches auf die Finanzen der Länder und der Gemeinden. Heute, Donnerstag, wird der Ausschuß seine Beratungen wohl zu Ende führen.

Außerordentliche Evang. Generalsynode.

BC. In der vorgestrigen Abend Sitzung wurde die Aussprache bei § 60 der neuen Kirchenverfassung (Patronate) fortgesetzt. Die Paragraphen 60 bis 72 wurden angenommen. Gestern vormittag wurde bei § 73 fortgefahren. In diesem Paragraphen und den ihm folgenden sind Bestimmungen enthalten über die Bezirkssynode, über den Bezirkssynodalrat und über das Dekanat. Bemerkenswert ist die Einführung einer Schulsynode, zu der alle Personen einzuladen sind, die den Religionsunterricht für die Jugend erteilen. Die §§ 73 bis 91 wurden angenommen.

oc. Der Badische Volkskirchenbund hat an die Generalsynode eine Eingabe gerichtet, in welcher die Synode aufgefordert wird, zu der Antisemitismus Stellung zu nehmen und daß sie, unabweisend klar zum Ausdruck bringt, daß Antisemitismus und Religionshaß des christlichen Namens und Glaubens unwürdig sind und daß die Kirche des Evangeliums diesen trüben Haß als unverträglich mit dem Geiste ihres Herrn und Meisters weit von sich weist. Des weiteren wendet sich die Eingabe gegen ein Mitglied der obersten Kirchenbehörde, das in seiner politischen Tätigkeit im Vordergrund der antisemitischen Agitation in Baden steht und in einem öffentlichen Schriftwechsel beschuldigt sei, unwahre Tatsachen, die die jüdischen Staatsbürger schwer beleidigen, weiter verbreitet zu haben.

Badischer Kreistag.

oc. Der in der vergangenen Woche in Offenburg abgehaltene, von Vertretern aller Kreise zahlreich besuchte badische Kreistag beschloß u. a., die Einkommens- und Reichsverhältnisse der Kreisstrafmänner nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ordnen. Zur Regelung der Verhältnisse der Kreisbeamten der Kreispflegeanstalten wurde ein besonderer Ausschuß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingesetzt. Wegen Erweiterung der Mittelstandshilfe sollen der Regierung neue Vorschläge unterbreitet werden, ebenso wegen Organisation der Säuglingsfürsorge und der Tuberkulosebekämpfung und ferner wegen Gewährung von Vorkostenzuschüssen und von Beiträgen zum Landarmenaufland.

„Innerhalb und außerhalb der badischen Regierung“.

Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Vereine in Freiburg u. Aue b. Durlach, die den soziald. Regierungsmitgliedern den Austritt aus dem Kabinett nahelegten, gab dem Abg. Weisbachmann Veranlassung zu einer Widerlegung der für dieses Verlangen angeführten Gründe. Seine Ausführungen haben nicht nur Interesse für die Sozialdemokratie, sondern sie verdienen — mutatis mutandis — auch die Beachtung der übrigen an der Koalition beteiligten Parteien. Mit doch das, was er von der Notwendigkeit der tatkräftigen Unterstützung in die Regierung gewählten Parteimitglieder durch die Massen der Wähler und von der Mitarbeit der letzteren sagt, ganz allgemein für alle Parteien. Der Verfasser schreibt:

„Es gibt gewiß Parteigenossen, die mir weit meinem Eintritt in die Presseabteilung der badischen Regierung die subjektive Fähigkeit absprechen, bei der Erörterung der in der Übersicht festgehaltenen Themas ein objektives Urteil fällen zu können. Wenn man aber seit einhalb Jahrzehnten in Wort und Schrift für die politische und wirtschaftliche Emanzipation der badischen Arbeiterklasse, für die ständige Machtentwässerung und fortwährende Ausdehnung des politischen Einflusses der badischen Sozialdemokratie kämpft, dann braucht man schließlich auch dann nicht völlig zu schweigen, wenn man zu den vielverschiedenen Regierungsozialisten gezählt wird.“

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Auer Parteigenossen, ebenso wie die Freiburger Genossen und die Abg. Königsberger und Marzloff nur das unbedingte Wohl der Partei im Auge haben, wenn sie den eventl. Austritt der Sozialdemokratie aus der bad. Regierung fordern. Allein auch im parteipolitischen Leben folgt auf das A das B, und nach dem Austritt muß die Frage gestellt werden: Was jetzt! Und daran franten die gemachten Vorschläge der Freiburger und der Auer Parteigenossen, die Sozialdemokratie überdauert auch Regierungsformen und Regierungsmethoden, die veraltet erscheinen mögen. Und solange es in Baden eine Kapitalismus gibt, solange auch in unserem Heimlande die kapitalistische Gesellschaftsordnung die tonangebende ist, wird es auch eine Sozialdemokratie geben. Allein die Schlussfolgerung scheint mir ebenso zwingend: Würde die Sozialdemokratie heute aus der badischen Regierung austreten, sie müßte morgen bereits wieder eintreten! Das klingt paradox, trifft aber nichtbedeutender den eigentlichen Kern der Sache. Die Auer Parteigenossen sind nach ihrer Entschließung anderer Meinung. Sie sagen, es ist besser, den bürgerlichen Parteien die Verantwortung allein zu überlassen. Ja, wenn es damit getan wäre! Ganz abgesehen davon, daß erst kürzlich bei der öffentlichen Erörterung des parteipolitischen Vorgehens der Freiburger Genossen die gesamte Zentrums- und Sozialdemokratische bis zum Lauberrund kategorisch erklärt hat, es falle der Zentrums- und Sozialdemokratie in Baden gar nicht ein, eine Regierung ohne die Sozialdemokratie zu bilden. Daß auch die Demokratie nicht gewillt ist, in Baden das politische Heft allein in die Hand zu nehmen, ist ganz selbstverständlich. Was dann? Reider haben sich hierzu die Auer Genossen gar nicht geäußert. Es ist doch nicht getan, daß man kurzerhand erklärt, wir machen nicht mehr mit! Das tägliche Leben geht seinen Gang. Die Ernährungsverhältnisse bleiben noch auf längere Zeit hinaus bestehen, die Teuerung steigt weiter, der ökonomische Kampf um das Dasein wird immer erbitterter. Auf der anderen Seite hält die politische Reaktion die Zeit für gekommen, den Versuch zu wagen, sich wieder in den Sattel zu setzen. Da machen wir es uns — immer nach dem Rezept von Aue und Freiburg — sehr bequem, lassen den Dingen ihren Lauf und erklären dem Zentrum, den Demokraten und den Deutschnationalen, falls diese dennoch sich bereit erklärt hätten, die Regierung in Baden zu bilden, feierlich: Ihr müßt helfen, an Euch stellen wir diese und jene Forderungen, die dem Elend der Bevölkerung abhelfen können, abhelfen müssen. Ebenso feierlich erklärte uns tatkräftige Koalition der bürgerlichen Parteien: Wollt Ihr diese eure Forderungen durchsetzen, dann helft gefälligst selbst an ihrer Verwirklichung mit; lehnt Ihr dies ab, dann müßt Ihr Euch mit dem bescheiden, was wir ausführen wollen und in der Lage sind.

Auf diese Formel gebracht, sehen die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Austritts der Sozialdemokratie schon anders aus, als die glatte Durchführung des Vorschlags der Auer Parteigenossen. Nun werden diese aber gewiß nicht wünschen, daß auch die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Mandate niederlegen, denn schließlich muß doch eine Körperschaft vorhanden sein, mittels welcher man der Regierung die notwendigen Forderungen der badischen Sozialdemokratie unterbreitet. Gäbe es denn nun einen Sinn, solche Forderungen — vielleicht in großer Zahl — im Landtag zu stellen, den bürgerlichen Parteien aber zu sagen: Die Durchführung verlangen wir von euch! Eine solche Taktik wäre der Anfang vom Ende des politischen Einflusses unserer Partei. Mit welchem Rechte würden wir uns beklagen, wenn unseren Forderungen nur eine laue Durchführung beschieden wäre oder die bürgerliche Koalitionsregierung ihre Erfüllung überhaupt verweigerte? Es würde uns wenig nützen, wenn wir in Dupenden von Versammlungen, in ellenlangen Entschuldigungen bombastisch erklärten: Wir lehnen die Verantwortung ab! Diese schöne Geste bewahrte uns nicht vor der politischen Reaktion, hinderte nicht einen Augenblick das derzeitige Ernährungs- und mildere keineswegs die schlimmsten Begleiterscheinungen der maßlosen Teuerung. Es ist bedauerlich, daß man solche Wunschnachrichten immer wieder aussprechen muß, daß leider ein Teil unserer Parteigenossen noch immer nicht die Richtigkeit des alten Prinzips anerkennen will: Politische Fragen sind Machfragen! Befähigen wir nicht die Macht, um unseren Forderungen auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens die glatte Durchführung zu sichern, dann werden sich hunderte und tausende unserer bisherigen Anhänger von uns ab und schließen sich solchen Parteien an, von denen sie in diesen wichtigen Fragen mehr erwarten dürfen, mehr erwarten können. Wir leben doch nicht in Wolkenkuckucksheim, sondern immer auf der platten Erde, und dieses Erdendasein zwingt uns zur tatsächlichen politischen Betätigung, zum drängenden Schrei nach Hilfe gegenüber den sozialen Nöten der Nachkriegszeit. Diese Hilfe zu gemahren müssen wir unbedingt in der Lage sein; wir müssen leben am laufenden Wasser der Zeit und wirken auf dem letzten badischen Kataster, wie in der Volksvertretung und innerhalb der badischen Regierung. Das ist kein dankbares Geschäft, aber es trägt in sich die Garantie, daß es,

wenn auch langsam und schleppend, aber allmählich und sicher zum Ziele führt.

Es ist gewiß auch nicht gleichgültig, ob die Sozialdemokratie auf die fringemäße Durchführung der vom Landtag beschlossenen Gesetze und Verordnungen einigen Einfluß hat. Wenn z. B. dem Minister des Innern, der zurzeit ein Sozialdemokrat ist, das gesamte Ernährungsweßens untersteht, wenn er die Aufsicht über alle Zweige der Landwirtschaft hat, wenn ihm die Handhabung der Polizeigewalt obliegt, die Überwachung der Tätigkeit der Bezirksamter und der Gemeinden zu seinen Aufgaben zählt, Reichs- und Landtagswahlen, Befassungseinhaltung und viele andere Fragen noch in seinem Dienstbereich fallen, so sollen organisierte Sozialdemokraten sich der Bedeutung solcher staatlichen Funktionen zweifellos voll bewußt sein.

Und wenn dem sozialdemokratischen Arbeitsminister das Gewerbeaufsichtsamt mit dem Arbeiterschutz, den Tarifverträgen, der Erwerbslosenfürsorge und den Notstandsarbeiten, sowie der Sozialen Hygiene unterstellt ist, wenn die Wohnungsfürsorge und das Siedlungsweßens seine Arbeitsgebiete sind, wenn er die großen Zukunftsprobleme, wie das Elektrizitätsweßens, der Bau von Kraftwerken und Wasser- und Straßenbau zu lösen hat, dann darf eine Arbeiterpartei nicht gleichgültig erklären, das sind für uns nebenwärtliche Dinge, wir überlassen es den bürgerlichen Parteien, unsere Forderungen auf diesen Gebieten zu erfüllen.

Auch der Umstand, daß eine Sozialdemokrat Staatspräsident ist, den Staat zu repräsentieren und alle Angelegenheiten geschäftlicher Art zu erledigen hat, die vor der Revolution ausschließlich dem Großherzog zustanden, sollte ob seiner Einwirkung auf die breite Öffentlichkeit nicht mit einer lässigen Handbewegung abgetan werden, zumal im Staatsministerium alle Beschlüsse der Einzelministerien ihre endgültige Fassung erhalten. Auch das Recht der Begnadigung, das nach den Bestimmungen der Reichsverfassung später mehrheitlich dem Staatspräsidenten übertragen werden wird, ist für eine überall für Reformen und gerechte Handhabung der bestehenden Gesetze eintretende Partei nicht belanglos.

Endlich ist es auch für die Partei nicht von Nachteil, wenn zwei sozialdemokratische Staatsräte in der Regierung mitberaten.

Wir dürfen also die Argumente der Auer Genossen nach allen Richtungen hin prüfen, sie halten einer beweiskräftigen Unterfuchung nicht stand. Daß unsere Auer Freunde wie tausend andere Genossen und Arbeiter unter den derzeitigen schlimmen Verhältnissen leiden, soll gar nicht bestritten werden. Allein Abhilfe wird, wie schon bemerkt, nicht auf dem ihnen vorgeschlagenen Wege erreicht, sondern umgekehrt durch die Befolgung des Grundgesetzes: Noch mehr Macht und mehr Einfluß! Nur damit erhalten wir die Möglichkeit, den Staat und seine vielfachen Institutionen in unserem Sinne umzugestalten. Betätigen wir uns aber lediglich außerhalb der Regierung, dann leisten wir in der Hauptsache nur Stillschubarbeit.“

Aus der badischen Zeitungswelt.

oc. Die Chefredaktion der Badischen Landeszeitung hat befristet Kammerstenograph Dr. phil. Heinrich Brisse übernommen, nachdem Chefredakteur Schmittler schon vor einiger Zeit in den Redaktionsverband der Rheinischen Zeitung eingetreten ist.

Staatsanzeiger.

Die Vergabung von Stipendien an Schülerinnen der badischen Haushaltungsschulen und der Luifenschule in Karlsruhe betr.

Unbedingte, würdige Mädchen, die eine badische Haushaltungsschule oder die Luifenschule in Karlsruhe besuchen, können mehrere Stipendien vergeben werden und zwar:

1. an katholische Mädchen aus Gemeinden der alten Markgrafschaft Baden-Baden,
2. an katholische Waisenmädchen aus den ehemals fürstbischöflich Bruchsalen Orten,
3. an katholische Mädchen aus den vormals bischöflich Konstanz Orten,
4. an evangelische Waisenmädchen aus Orten der ehemalsigen Markgrafschaft Baden-Durach und den Herrschaften Bah, Mahlberg und Bichenau,
5. an evangelische Waisenmädchen aus den ehemals kurpfälzischen Landesteilen, sowie
6. an solche Töchter von Staatsangestellten aus dem ganzen Land und ohne Rücksicht auf die Konfession, welche die Luifenschule in Karlsruhe besuchen.

Bewerbungen sind mit eingehender Begründung unter Anschluß von Nachweisen über Abstammung und Religionsbekenntnis sowie von Geburts-, Schul-, Gesundheits- und Verdienstzeugnissen spätestens bis 15. Januar 1920 bei dem unterzeichneten Ministerium eingureichen.

Karlsruhe, den 6. Dezember 1919.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

A. A.: Schwoerer. Degen.

Die Festsetzung der Ortslöhne betr.

Auf Grund der §§ 149 bis 151 RVO. wird in Abänderung der Bekanntmachung vom 16. November 1918 der Ortslohn (der ortsübliche Tageslohn gewöhnlicher Tagelöhner) für die Bezirke der Versicherungsämter Heidelberg und Sinsheim mit Wirkung vom Montag, den 16. Februar 1920 an bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Bezirk des Versicherungsamts oder der Gemeinde	Ortslohn gewöhnlicher Tagelöhner im Alter von			
	über 21 Jahren	16-21 Jahren	14-16 J.	unter 14
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Heidelberg:				
a) Heidelberg-Stadt	7.50	5.—	3.50	3.50
b) Die Gemeinden des Landbezirks Heidelberg	6.80	4.20	3.10	2.80
Sinsheim:	5.—	4.—	3.—	2.—

Karlsruhe, den 5. Dezember 1919.

Oberversicherungsamt.

Kunsthändler und Rahmenfabrik
F. Büchle Karlsruhe, Kalsersstraße 128 zwischen Wald- und Karlstraße
Wandbilderschmuck
Inh. W. Bertsch Bildereinrahmungen

Ämtliche Bekanntmachungen.

Tagesordnung

zu der am

Dienstag, den 16. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr,
im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden
Bezirksrats-Sitzung.

I. Öffentliche Sitzung.

Verwaltungssachen.

1. Gesuch der Witwe Anna Freudenberger hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Brauweinverkauf in dem Hause Durlacherstraße 33 hier.
2. Gesuch des Franz Wagner, Rehger hier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession mit Brauweinverkauf vom Hause Markensstraße Nr. 1 „Badischer Hof“ nach Luisenstraße Nr. 47/49 „Gartenlaube“.
3. Gesuch des Schauspielers Konstantin Berger in Karlsruhe um Erlaubnis zur Veranstaltung von Pantomimen.
4. Gesuch des Joseph Adam, Wirt hier, um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession von der Schankwirtschaft „Zum Storcheneck“ in Karlsruhe nach der Gastwirtschaft „Zum Hirsch“ in Rielingen.

Nichtöffentliche Sitzung.

5. Festsetzung der Bezirksratsitzungen im Jahre 1920.
6. Die Ernennung von Sachverständigen zur Abschätzung von Nachschäden für 1920.
7. Ernennung mehrerer Schöpfungsratsmitglieder für den Schöpfungsrat Karlsruhe.
8. Abhör der Gemeinderrechnung von Eggenstein vom Jahre 1916.
9. Abhör der Gemeinderrechnung von Staffort vom Jahre 1916.
10. Festsetzung von Unterstützungen für Familien in den Dienst getretener Mannschaften.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1919.
Bezirksamt. D.-3.330.

Die Bekämpfung der Maul- u. Klauenseuche.

Nachdem im städt. Jarrenstall in Daglanden, sowie in den Gehöften des Philipp Kober, Rappewörthstraße 58, der Jos. Schwall Witwe, Rappewörthstraße 34, des Ludwig Ganz, Rappewörthstraße 33, des Nikolaus Kutterer, Rappewörthstraße 32, des Simon Brendelberger, Rappewörthstraße 36, des August Weil, Bäder die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk.

Die Vorortgemeinde Daglanden bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften des Reichsviehseuchengesetz.

B. Beobachtungsgebiet.

Am den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz bestehend aus den Vorortgemeinden Grünwinkel und Mühlburg gebildet.

1. Gemeinsame Maßregeln für den Sperrbezirk und das Beobachtungsgebiet:

In den unter A. und B. genannten Gemeinden ist verboten:

1. Die Abhaltung von Klauenbiermärkten, mit Ausnahme der Schlachtviehmärkte in Schlachtviehhöfen, sowie der Auktions- und Klauenbier auf Jahr- und Wochenmärkte. Diese Verbot erstreckt sich auch auf marktähnliche Veranstaltungen.
2. Der Handel mit Klauenbier, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Aufsuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.
3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenbier. Das Verbot findet keine Anwendung auf Versteigerungen auf dem eigenen nicht gesperrten Gehöfte des Besitzers, wenn nur Tiere zum Verkauf kommen, die sich mindestens drei Monate im Besitze des Versteigerers befinden.
4. Die Abhaltung von öffentlichen Tiersehauen mit Klauenbier.
5. Das Weggeben von nicht ausreichend erhaltener Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenbier gehalten wird, sowie die Verwendung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Verlieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind (vgl. § 11 Abs. 1, Nr. 9, 10 der Anweisung für das Desinfektionsverfahren).
6. Im gleichen Umkreis sind verboten:
 - a) Viehmärkte und öffentliche Tiersehauen, soweit sie andere Tiergattungen als Wiederkäuer und Schweine betreffen;
 - b) Jahr- und Wochenmärkte, auch wenn auf ihnen Vieh nicht gehandelt wird;
 - c) Körungen von Tieren jeder Gattung.

II. Maßregeln für das Beobachtungsgebiet.

1. Aus dem Beobachtungsgebiet darf Klauenbier ohne polizeiliche Genehmigung nicht entfernt werden. Auch ist das Durchtreiben von Klauenbier und das Durchfahren mit fremden Wiederkäuern durch das Beobachtungsgebiet verboten.
2. Die Ausfuhr von Klauenbier zum Zwecke der Schlachtung kann durch das Bürgermeisteramt gestattet werden. Die Ausfuhr von Klauenbier zu Nutz- oder Zuchtzwecken kann durch das Bezirksamt gestattet werden. Wegen der Bedingungen siehe § 168 Abs. 2 und 3 der Ausf.-Vorschr. z. R.-Viehseuchengesetz und § 49 der Vollz.-Verordg. hierzu.
3. Im ganzen Bereiche des Beobachtungsgebietes ist der gemeinschaftliche Weidengang von Klauenbier aus den Beständen verästelnder Besitzer und die gemeinschaftliche Benutzung von Brunnen, Krännen und Schwemmen für Klauenbier verboten.
4. Hunde sind im Beobachtungsgebiet festzuliegen.

* Nur auf besonderen Antrag des Bezirksarztztes § 168 der Ausf.-Vorschr.)

III. Maßregeln für den Sperrbezirk:

1. Für den ganzen Bereich des Sperrbezirks gelten folgende Beschränkungen:

- a) Sämtliche Hunde sind festzuliegen. Der Festlegung ist das Führen an der Leine und bei Biehhunden die feste Anführung gleich zu erachten. Die Verwendung von Biehhunden zur Begleitung von Herden und von Jagdhunden bei der Jagd ohne Leine kann auf Ansuchen vom Bezirksamt gestattet werden.
- b) Schlächtern, Viehstärkern sowie Händlern und anderen Personen, die gewerbmäßig in Ställen verkehren, ferner Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen ausüben, ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenbier im Sperrbezirk, desgleichen der Eintritt in die Ställe verboten. In besonders dringlichen Fällen kann das Bezirksamt Ausnahmen zulassen.
- c) Dünger und Jauche von Klauenbier, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit bezirksamtlicher Erlaubnis unter den vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln ausgeführt werden.
- d) Die Einfuhr von Klauenbier in den Sperrbezirk sowie das Durchtreiben von solchem Vieh durch den Bezirk ist verboten. Dem Durchtreiben von Klauenbier ist das Durchfahren mit Wiederkäuern gleichzustellen. Die Einfuhr von Klauenbier zur sofortigen Schlachtung, im Falle eines besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisses auch zu Nutz- oder Zuchtzwecken, kann bezirksamtlich gestattet werden.
- e) Die Ver- und Entladung von Klauenbier auf den Eisenbahn- bzw. Schiffstationen im Sperrbezirk ist verboten.

2. Die verseuchten Gehöfte in Daglanden werden gegen den Verkehr mit Tieren und mit solchen Gegenständen, die Träger des Ansteckstoffes sein können, abgesperrt.

3. Sämtliche Klauenbier nicht verseuchter Gehöfte des Sperrbezirks unterliegt der Absonderung im Stalle.

4. Für alle Gehöfte ist das Weggeben von Milch ohne vorherige Abkochung oder andere ausreichende Erhitzung verboten.

5. Das Abhalten von Veranstaltungen in dem Seuchengehöfte, die eine Ansammlung einer größeren Zahl von Personen im Gehöfte haben, ist vor erfolgter Schlachtesinfektion verboten.

6. Auf den an dem Seuchengehöfte vorbeiführenden Straßen ist der Transport und die Benutzung von Tieren jeder Art verboten.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1919.
Bezirksamt. — Polizeidirektion. D.-3.331.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

In dem Gehöfte des Hermann Schmid in Oberacker, Amt Bretten, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. § 314

Das verseuchte Gehöfte und die Mönchgasse in Oberacker bilden einen Sperrbezirk im Sinne der §§ 161 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz, die Gemeinde Oberacker ist Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. a. a. O.

Die Bestimmungen des § 168 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz bleiben auf die Gemeinde Oberacker beschränkt.

Karlsruhe den 8. Dezember 1919.
Bezirksamt — Polizeidirektion. D.-3.328.

Badisches Landestheater
Freitag, den 12. Dezember 1919. Volksvorstellung

Die drei Zwillinge.

G. Grote'sche Verlagsbuchhdlg. in Berlin.

Gedruckt in Berlin

Das Kind und die Million

Eine Mäandere Geschichte von Ludwig Ganghofer

geb. 5 B., geb. 7 B., Trübenausg. 40 %

Große Auswahl in PELZEN

jeder Art, besonders Alaska-Fuchs Blau-Fuchs Kreuz-Fuchs

Solide Verarbeitung Billige Preise

Nur 32 Zirkel 32

1 Treppe hoch. W. Lehmann.

„Inex“, Internationale Ex- u. Importgesellschaft m. b. H., Karlsruhe i. W. Kriegsstraße 116

Unsere vornehmste Aufgabe wird die Ausfuhr vorzugsweise badischer Fabrikate sein u. bitten wir Hersteller um Angebote.

Spezialität:
**Aufzüge
Krane
Laufkatzen
Flaschenzüge
Winden**

Süddeutsche Aufzug- u. Kranbauanstalt Göppingen.

Vergrößerungen

in erstklassiger Ausführung auch nach schlechten Vorlagen, liefern

Samson & Co.,

Atelier für moderne Photographie und Vergrößerungs-Anstalt, Kaiserpassage 7, Ruf 547

Schnellste Lieferung.

Aufforderung.

Als Liquidator der aufgelösten Gesellschaft Bäuerle & Schwarz G.m.b.H., geändert in Hermann Wilhelm Bäuerle G.m.b.H. in Forzheim, fordere ich die Gläubiger auf, sich bei der Gesellschaft zu melden. Forzheim, den 28. November 1919.
C. Dollinger jr., Liquidator. § 312

GALERIE MOOS

KARLSRUHE/B Kaiserstr. 187

Dezember 1919:

Ausgewählte Werke badischer Künstler

GEÖFFNET: 10—6 Uhr SONNTAGS: 11—1 Uhr.

Tapeten

Reichhaltige Auswahl. H. DURAND

Douglasstraße 26, Telefon 2435. Bei der Hauptpost. Übernahme von Tapezierarbeit. Musterkollektion steht zu Diensten.

Gut erhaltenes Piano oder Flügel

aus Privatband zu kaufen gesucht. Angeb. unter G. 924 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Freihandel und Schutz Zoll

Untersuchungen von Mohr Thomas, Kun, Smith, Riff u. a.

Herausgegeben von Carl Diehl und Paul Rombert Professoren der Nationalökonomie in Freiburg i. B. Preis 4.50 M.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und vom Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Jeder Raucher kann 1000

Mark u. mehr jährl. b. Gebrauch m. ungeschl. Raucherstreik-Tabletten ersparen, durch die sich jed. d. Raucher i. wenig. Tagen gänzl. abweg. kann, wie Danksch. beweist. Eine Schacht. (50 Tabl.) M. 4.50 frk. (F. starke Raucher 3 Schacht. M. 12). E. Kemp, Eisenmannstr. 1, München 16.

Jung. Mädcl

sucht Stellung a. liebsten Sanator. ob. Krankenhaus. Diekmann, Berlin, Karlreuthstr. 12, Sanatorium.

Bürgerliche Rechtspflege

a. Streilige Gerichtsbarkeit. § 291.2.1 Mannheim. Das Amtsgericht Mannheim 3. 3 hat heute folgendes

Aufgebot

erlassen: Die Ehefrau des Tagelöhners Ferdinand Florin, Magdalena geb. Kubisch in Ballstätt hat beantragt, ihren verstorbenen

genannten Ehemann, geboren am 1. Januar 1860 in Osterstadt (Pfalz), zuletzt wohnhaft in Ballstätt für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch, 30. Juni 1920, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Mannheim, Zimmer 113, anberaumten Aufgebots-termin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebots-termin dem Gericht Anzeige zu machen.

Mannheim, 29. Nov. 1919. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3. 3.

§ 207.2.1 Weinheim. Der Fabrikarbeiter Georg Metz XIII in Weinheim hat beantragt, seinen

früher verstorbenen Bruder Reichsagent Jakob Metz von Weinheim, zuletzt frei-

will. Krankenpfleger beim Depot-Trupp der freiwilligen Krankenpflege vom Roten Kreuz, welcher seit dem am 23. September 1914 bei Orches in Nordfrankreich stattgefundenen Überfall vermisst wird, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Freitag, 20. Febr. 1920, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-termin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebots-termin Anzeige zu machen.

Weinheim, 28. Nov. 1919. Amtsgericht 1.

Freiwillige Gerichtsbarkeit

§ 239. Ziengen. Über den Nachlaß der zu Nürnberg am 13. August 1919 verstorbenen Landwirt Johann Wirtenberger Witwe Rotburga geb. Schäfer in Nürnberg ist Nachlaßverwaltung angeordnet.

Als Nachlaßverwalter ist Justizsekretär Albert Zink in Ziengen bestellt worden.

Ziengen, 2. Dez. 1919. Adv. Notariat.

Bezieh. Bekanntmachungen Stelle-Gesuch.

Ein in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung sowie im Grundbuchwesen vollständig eingearbeiteter

Rathschreibergehilfe maschinenschriftkundig, selbständiger Arbeiter, sucht Stelle. Der Eintritt könnte sofort erfolgen. Bestmögliche Zeugnisse stehen zu Diensten. Offerten unter § 286 an die Expedition der „Karlsruh. Ztg.“ erbeten.

Jagd-Verpachtung.

Bad. Forstamt Oberweiler verpachtet am

Dienstag, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr im

Gasthaus „Wilde Mann“ hier die domänen-ärztliche „Schnitzjagd“ auf Gemarkungen Vogel Mühlheim, Seubronn, Neuenberg, Mühlbach, eine abgerundete, gut begrenzte

Jagd von 909 Fektar mit Auerwildstand auf 4 Jahre. Die Bedingungen können im Geschäftsamt hier eingesehen werden.

Ausholungsversteigerung des Forstamts Oberweiler am

Dienstag, den 23. d. M., früh 10 Uhr, im Gasth. „Wilde Mann“ hier aus Domänenwaldungen auf Stich u. bei

Badenweiler: 355 Hekt. Tannenstämme I.—VI., 127 Hekt. Abzichte, Eichen, Buchen und 195 Hekt. Papierholz. Losauszüge kostenfrei durch das Forstamt. § 302

Ausholungsversteigerung

des Forstamts Schluchsee. Mittwoch, den 17. Dezember d. J., vormittags 10

Uhr, im Schiff in Schluchsee aus den Domänenwaldbeständen: Ahornwald, Hainbuche, Buchen- und Kiefernwald, Buchen- und Kiefernwald, 4000 Hekt. Nadelstämme und Abzichte. § 237.2.4

Auskunft und Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Die seit 1. Dezember 1901 gewährten Rückvergütungen auf eiserne Maschinen und Maschinen-teile des Spezialtarifs I, schweizerischen Ursprungs, die nach Rußland einschließlich Finnland und Polen bestimmt sind und auf untern Stationen Waldhut, Schaffhausen, Eingen oder Konstanz nach Ostküsten etc. umbehandelt werden, werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben. § 313

Karlsruhe, 9. Dez. 1919. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.